

DIE LINKE

30.11.2021

An:  
Bürgermeister Lars König

ggf. Nummer  
039/2021

- Antrag** gemäß  
§ 9 Geschäftsordnung (Änderungsantrag)
- Vorschlag zur Tagesordnung**  
(§ 48 GO iVm § 2 Geschäftsordnung)
- zur Beratung im: Rat**
- Anfrage** (§ 10 Geschäftsordnung) zur Stellungnahme

- nachrichtlich
- Bürgermeister  
 Ausschussvorsitzender d.
- SPD - Fraktion  
 CDU - Fraktion  
 Fraktion Bündnis 90/Die  
Grünen  
 Fraktion bürgerforum+  
 Fraktion AfD  
 Fraktion Piraten  
 Fraktion Die Linke  
 Fraktion WBG  
 Fraktion FDP  
 Fraktion StadtKlima  
 Fraktionslose Ratsmitglieder  
 Integrationsrat

**Betreff**

**Haushaltsantrag LINKE 2022: Streichung einer Personalstelle**

Inhalt (bei Anträgen gemäß § 47 Abs. 1 oder § 48 Abs. 1 letzter Satz GO ist auch die Dringlichkeit zu begründen)

Sehr geehrter Herr König,  
sehr geehrte Damen und Herren,

die Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Witten **beantragt**, die neue Personalstelle im Dezernat 1 mit der Bewertung von E 13/ A 13 h. D. zu streichen.

**Begründung:**

In der **Anlage 7 zum Stellenplan 2022** wird in **Tabelle 2 „Neue Stellen“** eine neue Stelle im Dezernat 1 vorgeschlagen. Aus dem Stellenplan oder sonstigen Vorlagen ist **nicht** ersichtlich, welche Aufgaben in dieser neu geschaffenen Stelle bearbeitet werden sollen. Es liegt kein Stellenprofil und keine Aufgabenbeschreibung vor. Über eine Ausschreibung zur Besetzung der Stelle liegen uns ebenfalls keine Informationen vor.

Angesichts der vom Kämmerer beschriebenen Haushaltssituation ist die neue Einrichtung einer so hoch dotierten Stelle nicht zu verantworten. Das Gehalt beträgt laut Verdi zwischen 4.074 - 5.873 € im Monat, <https://www.jobs-beim-staat.de/tarif/tv-le13>. Dazu kommen mindestens 20 % Anteil für die Arbeitgebersozialversicherungen, also im Jahr **ca. 72.000 € oder mehr**.

In der Vorlage zum Stellenplan schreibt der Kämmerer, dass er im **Haushaltssicherungskonzept** bereits viele Personalbereiche zur **Kürzung von 10 %** vorschlägt. Dies bedeutet Aufgabenverdichtung für die übrigen Beschäftigten. Die immer stärkere Belastung der Beschäftigten ist völlig unzumutbar.

Weiterhin plädiert er dafür den Personalaufwand zu begrenzen.

Wörtlich heißt es: „Um den Personalaufwand zu begrenzen, sind Verwaltung und Politik aufgefordert eine ständige Aufgabenkritik vorzunehmen. Dabei sind sowohl pflichtige als auch freiwillige Aufgaben, die Art der Aufgabenerledigung durch die Verwaltung sowie bestehende Rats- und Ausschussbeschlüsse kritisch zu betrachten.“, S. 2 der Vorlage Stellenplan 2022, Drucksache Nr. 0231/ V 17.

Nach diesen klaren Worten des Kämmerers eine zusätzliche hoch dotierte Verwaltungsstelle ohne erkennbares Aufgabenprofil einzurichten, ist nicht akzeptabel.

Mit freundlichen Grüßen

Ulla Weiß  
(Fraktionsvorsitzende)

Oliver Kalusch  
(Fraktionsgeschäftsführer)